## Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Faire Nachfolgeregelung zum Solidaritätszuschlag – Einnahmen sichern

Drucksache 18/2530

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Aussage der Bundeskanzlerin, dass die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag auch zukünftig zur Finanzierung unseres Staatswesens benötigt werden. Die neuen Bundesländer brauchen die Einnahmen ebenso wie die strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt seine Aussage, dass ein Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung wäre. Der Schleswig-Holsteinische Landtag verschließt sich aber auch nicht anderen Konzeptionen. Entscheidend ist, dass zukünftig Bund und Länder von den Einnahmen profitieren. Die Landesregierung wird gebeten, sich weiterhin dementsprechend in den laufenden Bund – Länder Verhandlungen dafür einzusetzen, dass es für SH spätestens ab 2020 eine spürbare finanzielle Entlastung gibt.